

# Selektive Empathie

Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern spaltet die deutsche Gesellschaft nicht erst seit dem 7. Oktober 2023

VON SABA-NUR CHEEMA UND MERON MENDEL

**D**er Aufruhr ist groß. Störer übertönen die Rede des israelischen Botschafters an der Universität Frankfurt mit so lauten Zwischenrufen, dass dieser nach etwa einer Stunde frustriert den Hörsaal verlässt. In der Berichterstattung wird den Aktivist:innen, die ein Transparent mit der Aufschrift »Schluss mit der Militärbesetzung in Palästina« hochgehalten haben, Antisemitismus vorgeworfen. Die beteiligten Student:innen und Student:innen weisen diesen Vorwurf zurück: Ihr Protest habe sich gegen einen »zionistischen Propagandavertreter« gerichtet. Zudem habe man auf »zionistische Kolonisten« aufmerksam machen wollen, die »ohne Rücksicht auf die arabischen Einwohner ein ›Groß-Israel‹« errichten wollten.

Nach dem 7. Oktober 2023 kommt es an zahlreichen deutschen Universitäten zu ähnlichen propalästinensischen Demonstrationen. Doch der geschilderte Vorfall liegt mehr als ein halbes Jahrhundert zurück: Es war 1969, als der israelische Bot-

schafter Asher Ben Natan an der Frankfurter Universität über »Frieden im Nahen Osten« sprechen wollte. Im selben Jahr plante die linksmilitante Gruppe Tupamarios einen Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin – während einer Gedenkveranstaltung zu den Novemberpogromen. Im Bekennerschreiben hieß es: »Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden«.

Bereits damals, zwei Jahre nach dem Sechstagekrieg von 1967, beobachtete der Historiker Dan Diner – zu jener Zeit noch Jurastudent in Frankfurt –, wie der Nahostkonflikt als »politisierender Katalysator« wirkte, wie er die Debatte auch in Deutschland polarisierte und emotionalisierte.

Für die westdeutsche Linke wurde der Nahostkonflikt zur Identitätsfrage. Der Politikwissenschaftler Martin Kloke konstatiert, keine Linke sei so proisraelisch gewesen wie die deutsche vor 1967 – und keine so antiisraelisch geworden wie die deutsche nach 1967. Israels militärischer Sieg führte zu einem abrupten Seitenwechsel, der wenig mit dem Konflikt im

Nahen Osten zu tun hatte, sondern eher eine symbolische Kehrtwende ins Lager der Unterlegenen war.

In weiten Kreisen der Gesellschaft löste der Sechstagekrieg zunächst eine gegenteilige Reaktion aus. Während im März 1965 bei einer Umfrage des Allensbacher Instituts nur 24 Prozent der Westdeutschen angaben, im Falle eines Angriffs arabischer Staaten auf der Seite Israels zu stehen, waren es einen Monat nach Kriegsende knapp 60 Prozent. Deutsche Zeitungen titelten »Israels Blitzkrieg« und verglichen Verteidigungsminister Mosche Dajan bewundernd mit dem Wehrmachtsgeneral Erwin Rommel. Botschafter Ben Natan berichtete später, die Medien hätten die Israelis nun endlich mit Charaktereigenschaften beschrieben, die den Deutschen vertraut und positiv erschienen: »Mut, Tapferkeit, Fleiß und Zuverlässigkeit«.

**Bis dahin war es ein weiter Weg.** Als Bundeskanzler Konrad Adenauer 1952 das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel und Vertretern der jüdischen Diaspora

### AUFSTAND IM HÖRSAAL

Mit einem Banner und Gebrüll stören Aktivisten 1969 die Rede des israelischen Botschafters Asher Ben Natan (r.) an der Universität Frankfurt. Neben ihm sitzt der heutige Historiker Dan Diner, damals Vorsitzender des Bundesverbands Jüdischer Studenten in Deutschland



durchsetzte, das den Staat Israel als Repräsentanten kollektiver jüdischer Ansprüche anerkannte, obwohl dieser zur Zeit der Schoah noch nicht existiert hatte, war die Ablehnung in der Bevölkerung groß: Lediglich elf Prozent befürworteten die vereinbarten Leistungen. Auch in den folgenden Jahren rangierte Israel in Umfragen meist auf den hintersten Plätzen der Länder, mit denen Deutschland enger zusammenarbeiten sollte.

Gleichwohl gab es kontinuierliche Bemühungen, gesellschaftliche Kontakte nach Israel aufzubauen. So wurde 1958 die Aktion Sühnezeichen gegründet, die junge Freiwillige zu sozialen Diensten nach Israel entsandte. In dieser Zeit entstanden auch erste deutsch-israelische Studiengruppen. Wie der Historiker Jonas Hahn zeigt, fungierte Israel für viele junge Studierende als Projektionsfläche politischer und gesellschaftlicher Ideale. Aber trotz zahlreicher Austauschprogramme blieb die persönliche Erfahrung begrenzt: Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2022 waren nur sieben Prozent der Deutschen jemals in Israel. Das Versöhnungsprojekt blieb weitgehend ein Anliegen politisch-kultureller und akademischer Eliten, jenseits eines breiten gesellschaftlichen Engagements.

Die besondere Verbundenheit mit Israel entwickelte sich über Jahrzehnte hinweg zu einem Kernthema der deutschen »Vergangenheitsbewältigung«. Der israelische Historiker Daniel Cil Brecher beschreibt die »Hinwendung« zu Israel als ein »Element der neuen politischen Identität der Bundesrepublik und ihrer Eliten«, sie wurde zu einem Symbol des eigenen demokratischen, liberalen und toleranten Selbstverständnisses.

Ein Meilenstein war in dieser Hinsicht die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 vor der Knesset, in der sie die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson erklärte. Merkels Amtszeit insgesamt war in der deutschen Politik eine goldene Ära für Israel: Acht Mal war Merkel dort, doppelt so oft wie alle ihre Vorgänger seit Gründung der Bundesrepublik zusammen. Je deutlicher sich diese politische



#### FLAGGE ZEIGEN

In Bochum halten Israel-Unterstützer am 18. Oktober 2023 eine Kundgebung ab, während in Sichtweite eine propalästinensische Demonstration stattfindet

Hinwendung manifestierte, desto sichtbar wurde jedoch die Kluft zwischen einer überwiegend proisraelischen Politik und einer tendenziell israelkritischen Bevölkerung.

In der zunehmend migrantischen Gesellschaft des wiedervereinigten Deutschland veränderte sich die gesellschaftliche Wahrnehmung des Nahostkonflikts. Insbesondere Zuwanderer aus dem islamischen Raum sind zum Teil durch ein israelfeindliches Weltbild geprägt – was dem Paradigma der Staatsräson diametral entgegensteht. Zudem schlägt sich die wachsende gesellschaftliche Diversität auch in einer Ausdifferenzierung der Erinnerungskultur nieder: Neben der Schoah rücken deutsche Kolonialverbrechen stärker ins Bewusstsein, ebenso wie

andere historische Gewalterfahrungen und bislang marginalisierte Opfergruppen. Vor allem Kulturschaffende öffneten in den vergangenen Jahren gezielt Türen für Perspektiven aus dem Globalen Süden. In öffentlichen Debatten, insbesondere in den sozialen Medien, gewinnen postkoloniale Positionen an Bedeutung.

Dieser postkoloniale Blick ist häufig von einer dichotomen Weltansicht geprägt: Auf der einen Seite steht der Westen, verstanden als eine Front weißer ehemaliger Kolonialmächte, denen eine dominante, mitunter kontrollierende Rolle in der internationalen Politik zugeschrieben wird. Auf der anderen Seite steht der Globale Süden, also die ehemals kolonisierten Gesellschaften, die als weiterhin strukturell abhängig gelten. Innerhalb dieses

Deutungsrahmens erscheint Israel als Vorposten weißer europäischer Mächte im »Orient«, während die Palästinenser als indigenes, kolonisiertes Volk angesehen werden.

Nach der BDS-Resolution des Bundestages im Mai 2019 war es nur eine Frage der Zeit, dass die deutsche Staatsräson und das postkoloniale Weltbild offen aufeinanderprallen würden. Die internationale Boykottkampagne BDS, die sich für die wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Isolation Israels einsetzt, stufte der Bundestag in der Resolution als antisemitisch ein. In der postkolonialen Bewegung hingegen gilt die Unterstützung von BDS vielfach als legitimer, mitunter sogar als notwendiger Akt der Solidarität mit den Palästinensern.

Auf der einen Seite standen die Verteidiger der Staatsräson, die die Unterstützung Israels als historische Verpflichtung aus den NS-Verbrechen begriffen. Auf der anderen Seite formierte sich ein Lager, das die Öffnung der Kunst- und Kulturlandschaft für Stimmen aus dem Globalen Süden als Teil der Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte verstand. Beide Seiten reklamieren für sich, aus der Geschichte gelernt zu haben.

Dies war der Ausgangspunkt eines der ersten einschlägigen kulturpolitischen Skandale der vergangenen Jahre, der Debatte um die Einladung des kamerunischen postkolonialen Starphilosophen Achille Mbembe als Redner zur Eröffnung der Ruhrtriennale 2020. Da Mbembe sich wiederholt eindeutig israelkritisch positioniert hatte, forderte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, seine Ausladung. Während Kritiker Mbembe Antisemitismus vorwarfen, konterte dieser mit dem Vorwurf des Rassismus. Noch bevor der Konflikt entschieden werden konnte, wurde die Ruhrtriennale wegen der Corona-Pandemie abgesagt.

In den Feuilletons loderte die Debatte noch über Monate weiter – und endete unentschieden. Nur um zwei Jahre später mit noch größerer Vehemenz wieder aufzubrechen. Diesmal ging es um die Weltkunstausstellung *documenta fifteen* in Kassel.

Wieder wurden Antisemitismusvorwürfe erhoben, diesmal vor allem gegen das indonesische Kuratorenkollektiv Ruangrupa. Und auch in diesem Fall sahen die Kritisierten sich selbst als Opfer einer rassistischen Kampagne.

Die Debatten um Mbembe und die *documenta fifteen* zeigen beispielhaft, wie in der Israel-Palästina-Frage um Deutungshoheit gerungen wird – und dass es dabei immer auch um kollektive Identität in der postmigrantischen Gesellschaft geht.

**In den vergangenen zwei Jahren**, seit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem folgenden Krieg in Gaza, ist die Nahostdebatte in Deutschland dramatisch eskaliert. Während Politik und staatliche Institutionen unmittelbar nach dem Überfall sowie in den Monaten danach ihre uneingeschränkte Solidarität mit Israel betonten, gewann die Solidarität mit den Palästinensern in Teilen der Gesellschaft zunehmend an Resonanz, insbesondere in der jüngeren Generation. An den Universitäten, an Schulen, in Sportvereinen, bei Kunst- und Kulturveranstaltungen sowie bei Demonstrationen in Innenstädten tauchten immer häufiger Kufijas und Palästinaflaggen auf.

Es verfestigten sich zwei Lager, die von einer kaum noch hinterfragten Form selektiver Empathie geprägt sind. Auf der einen Seite stehen jene, die die Gräueltaten der Hamas reflexhaft relativierten oder gar bestritten und die universellen Menschenrechte erst dann entdeckten, als die israelische Armee in den Gazastreifen einmarschierte. Auf der anderen Seite finden sich diejenigen, die zwar am 7. Oktober trauerten, in den Monaten danach jedoch wegsahen, als im Gazastreifen Zehntausende Unschuldige getötet wurden, und die ohne Zögern die Bilder hungernder Kinder als KI-generiert diskreditierten.

Die Logik sozialer Netzwerke mit ihren algorithmisch erzeugten Filterblasen verstärkt die selektive Wahrnehmung und trägt mit dazu bei, dass sich die Fronten verhärten. Systematisch unterrepräsentiert bleiben in der Debatte die abwägenden, vermittelnden und friedensorientierten

Stimmen. Am Ende scheint es beiden Lagern wichtiger zu sein, eine aktivistische Gruppenidentität zu pflegen, als sich der widersprüchlichen Realität des Konflikts zu stellen. Israelis und Palästinenser werden zu Projektionsflächen, auf denen das Bedürfnis befriedigt wird, die Welt eindeutig in Gut und Böse einzuteilen.

Zu dieser Lagerbildung kam es nicht über Nacht, und sie ist auch nicht allein eine Folge der sozialen Medien oder postmigrantischer Konfliktlagen. Die unversöhnliche Debatte nach dem 7. Oktober stützt sich auf eine lange Tradition, eine in Deutschland tief verankerte politische Kultur: Seit Jahrzehnten dient der Israel-Palästina-Konflikt als moralischer Prüfstein und Projektionsfläche eigener Befindlichkeiten. Immer wieder wurde er genutzt, um politische Zugehörigkeit zu markieren, historische Schuld zu verhandeln und globale Ungleichheit zu deuten. Die gegenwärtige Eskalation knüpft an diese Tradition an und treibt sie auf die Spitze.

Die historische Langlebigkeit verdeutlicht, wie schwer es ist, die Polarisierung in der Nahostdebatte zu überwinden. Wer sich nicht eindeutig positioniert, gerät unter Rechtfertigungsdruck, und wer Differenzierungen einfordert, gilt häufig als relativierend. Insofern wäre es naiv, zu glauben, diese Lager würden sich einfach auflösen. Vielleicht aber lassen sich ihre Absolutheitsansprüche begrenzen? Vielleicht besteht der erste, bescheidene Schritt zur Annäherung darin, die eigene Verstrickung in die Lagerlogik anzuerkennen? »Nie wieder Holocaust« oder »Nie wieder Kolonialismus« – hier geht es nicht um einen Widerspruch. Beide Imperative sind in einer postnazistischen, postkolonialen Gesellschaft unabdingbar. ■



SABA-NUR CHEEMA ist  
Publizistin und Politologin  
am Institut für Sozialforschung  
in Frankfurt



MERON MENDEL ist  
ein israelisch-deutscher Publizist  
und leitet die Bildungsstätte  
Anne Frank in Frankfurt